

Medienmitteilung

Grundversicherungs-Prämienprognose von comparis.ch

«Krankenkassenprämien steigen 2025 um 6 Prozent»

Die Grundversicherungsprämien steigen 2025 laut Comparis-Prognose im Schnitt um 6 Prozent. Gemäss Comparis-Krankenkassenexperte Felix Schneuwly wäre diese 3. überdurchschnittliche Prämienhöhung nach den 6,6 Prozent für 2023 bzw. 8,7 Prozent für 2024 ohne den politischen Eingriff in die Reserven nicht notwendig gewesen. «Die Krankenkassen wurden vom Bundesamt für Gesundheit gezwungen, Reserven abzubauen. Deshalb fehlt vielen von ihnen das Reservepolster, um Kostenschwankungen abzufedern. Ohne den politisch erzwungenen Reservenabbau wären die Prämien in den letzten Jahren um unter 3 Prozent pro Jahr und Person gestiegen und würden aktuell weiter in diesem Bereich steigen», hält er fest.

Zürich, 23. Mai 2024 – Der Comparis-Krankenkassenexperte Felix Schneuwly rechnet für 2025 mit einem durchschnittlichen Grundversicherungs-Prämienanstieg von 6 Prozent. Doch weil viele Krankenversicherer trotz des durchschnittlichen Prämienanstiegs für 2024 von 8,7 Prozent per Ende Jahr immer noch ein dünnes Reservepolster haben werden, könnten gemäss Schneuwly einige Kassen gezwungen sein, ihre Prämien in einigen Kantonen und Prämienregionen sogar um über 10 Prozent zu erhöhen.

«Stärkerer Kostenanstieg wegen Ausbau Leistungskatalog»

Die Prognose basiert auf folgenden Daten: Das Wachstum der gesamten Gesundheitskosten in der Schweiz beträgt laut der jüngsten *Prognose von Comparis und der ETH-Konjunkturforschungsstelle (KOF) 4,1 Prozent für das Jahr 2023. Im laufenden Jahr 2024 steigen sie um 3,6 Prozent und im nächsten Jahr 3,2 Prozent. «Das Wachstum des für die Krankenkassenprämien relevanten Kostenanteils ist jeweils etwas höher, weil der Leistungskatalog der Grundversicherung stetig ausgebaut wird», so der Comparis-Experte.

Konkret: «Die Spitäler verlangen höhere Tarife für ihre ambulanten und stationären Leistungen, weil immer mehr von ihnen nicht mehr kostendeckend wirtschaften. Auch die Umsetzung der Pflegeinitiative wird kosten», sagt Schneuwly. Erst der Fachkräftemangel werde im Spitalsektor zur längst fälligen Strukturbereinigung führen, welche die Mehrheit der Kantone durch Defizitdeckungen bisher verhindert habe.

«Ohne politisch erzwungenen Reservenabbau hätte es keine Prämienschocks gegeben»

Allerdings: «Ohne den politisch erzwungenen Reservenabbau wären die Prämien in den letzten Jahren um unter 3 Prozent pro Jahr und Person gestiegen und würden aktuell weiter in diesem Bereich steigen, obwohl die Kosten der versicherten medizinischen Leistungen im vergangenen Jahr mit 4,6 Prozent pro versicherte Person überdurchschnittlich angestiegen sind», kritisiert der Experte. 2021 betrug der Kostenanstieg pro versicherte Person 4,5 Prozent. 2023 waren es 2,6 Prozent.

«Stark steigende Prämien ebnen Weg für schädliche Regulierung»

«Die Regulierungsflut mit dem Kostenröhrenblick in Bundesbern der letzten Jahre wird mehr schaden als nützen», warnt Schneuwly. So haben die Beschränkung der Ärztezulassungen und die umfangreichen Qualitätsbestimmungen bisher gemäss Schneuwly unter dem Strich zu keinen messbaren Kosteneinsparungen geführt, weil sie vor allem die Bürokratie aufblähen, den Fachkräftemangel und die Versorgungsengpässe bei Medikamenten und Medtech-Produkten verschärfen.

«Tempo bei KVG-Reformen wegnehmen statt steigern»

Egal wie am 9. Juni über die Prämientlastungsinitiative der SP und die Kostenbremse-Initiative der Mitte entschieden wird: Das Parlament müsse nach Ansicht von Schneuwly bei den KVG-Reformen viel eher Tempo wegnehmen statt steigern und sauber evaluieren, mit welchen Gesetzesänderungen welche Wirkungen und welche unerwünschten Nebenwirkungen erzielt würden.

Der Entscheid des Nationalrats gegen einen zusätzlichen medizinischen Leistungserbringer, der die Arbeit der anderen koordinieren soll, war für Schneuwly ein Lichtblick. Dass nun die ständerätliche Gesundheitskommission nach dem intensiven Lobbying der Kantone diesen dem Ständerat wieder schmackhaft machen will, findet er irritierend.

Comparis-Forderungen an die Gesundheitspolitik

- Die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS) sollte an der Volksabstimmung im Herbst mehrheitsfähig sein.
- Die Überregulierung im Bereich der medizinischen Qualität muss drastisch vereinfacht und auf Qualitätswettbewerb ausgerichtet werden, damit die freie Arztwahl kein Blindflug mehr ist.
- Den Versicherern muss ermöglicht werden, nur wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche Medizin zu Lasten der Grundversicherung zu vergüten.
- Der Handlungsspielraum für Versicherer und Netzwerke der koordinierten medizinischen Versorgung in den Alternativen Versicherungsmodellen (AVM) muss in den Bereichen Leistungskatalog, Tarife und Preise, Prämien und Dauer der Versicherungsverträge und Einsatz des Fachpersonals erweitert werden. Fast 80 Prozent der Versicherten haben schon ein AVM. Tendenz weiter zunehmend.
- [Ein Pilotprojekt für die Einheitskasse](#) soll in einem Kanton getestet werden und so objektiv vor einer erneuten Abstimmung Erkenntnisse über die Wirksamkeit liefern.

Quellen

* [Anstieg des Anteils der Gesundheitsausgaben am BIP flacht sich ab – KOF Konjunkturforschungsstelle | ETH Zürich](#)

** [Monitoring der Krankenversicherungs-Kostenentwicklung \(MOKKE\) \(admin.ch\)](#)

Weitere Informationen:

Felix Schneuwly

Krankenkassen-Experte

Telefon: 079 600 19 12

E-Mail: media@comparis.ch

comparis.ch

Über comparis.ch

Mit über 80 Millionen Besuchen im Jahr zählt comparis.ch zu den meistgenutzten Schweizer Websites. Das Unternehmen vergleicht Tarife und Leistungen von Krankenkassen, Versicherungen, Banken sowie Telecom-Anbietern und bietet das grösste Schweizer Online-Angebot für Autos und Immobilien. Dank umfassender Vergleiche und Bewertungen bringt das Unternehmen Transparenz in den Markt. Dadurch stärkt comparis.ch die Entscheidungskompetenz von Konsumentinnen und Konsumenten. Das Unternehmen wurde 1996 vom Ökonomen Richard Eisler gegründet und ist in Privatbesitz. Das Unternehmen gehört heute noch zur Mehrheit dem Gründer Richard Eisler. Es sind keine anderen Unternehmen oder der Staat an [Comparis](http://comparis.ch) beteiligt.